

Naher Osten, Schweizer Neutralität und Rotes Kreuz

Nationalrat Luzi Stamm, Baden

Im 19. Jahrhundert entstand das Rote Kreuz, nachdem der Schweizer Henri Dunant auf dem Schlachtfeld von Solferino das Leid der Verletzten und Sterbenden erlebt hatte. Er war weise genug, nicht mit dem Finger auf diejenigen zu zeigen, welche den Krieg begonnen hatten. Vielmehr schuf er das Rote Kreuz, welches nicht kritisiert, sondern hilft. Er schuf ein neutrales Rotes Kreuz, das allen Opfern hilft, selbst denjenigen, die den Krieg verursacht haben.

Die humanitäre Rolle der Schweiz

Der Schweiz gelang es bewundernswert, durch seine Neutralitätspolitik mit dem Roten Kreuz identifiziert zu werden. Sie wurde vielerorts nicht nur mit dem Roten Kreuz gleichgesetzt, sondern generell mit „guten Diensten“ und „humanitärer Hilfe“. Sie wurde bewundert wegen ihrer Neutralität (immer mit Ausnahme derer, die Machtpolitik betreiben und denen Neutralität ein Dorn im Auge ist).

Diese neutrale, humanitäre Rolle ist eine schwierige Aufgabe. Jeder, der schon einmal für das Rote Kreuz in Krisengebieten tätig war, weiss das. Wer die Opfer betreut, erhält Einblick in die Ungeheuerlichkeiten, die hinter den Konflikten stehen; er sieht, wer das Leid verursacht. Da braucht es grosse Disziplin, zu schweigen, um die Aufgabe trotzdem erfüllen zu können. Denn wer den Gewaltverursacher lauthals kritisiert, wird gar nicht mehr zur Hilfe zugelassen. Diejenigen, welche die Macht in den Händen haben, werden sich hüten, Helfer zuzulassen, welche die Verantwortlichen blossstellen und an den Pranger stellen. Die Schweiz hat diese schwierige Rolle in der Vergangenheit hervorragend gespielt, sogar im Zweiten Weltkrieg in schwierigstem Umfeld: Schweizer Aerzte wurden sogar an der Ostfront zugelassen, wo sie wenigstens noch in geringem Masse mithelfen konnten, das Leid der Betroffenen (mit Operationen, Medikamenten etc.) zu lindern.

Jetzt soll alles anders sein?

Der Krieg in Libanon zeigt, wie stark sich die Politik der offiziellen Schweiz geändert hat. Unsere Aussenministerin Micheline Calmy-Rey stellt sich im Namen der Schweiz demonstrativ auf die eine Seite und verteilt an die andere Seite den Schwarzen Peter. Es scheint sich einzubürgern, dass sie im Namen der Schweiz den Betroffenen zeigen will, wo es lang gehen soll; sei dies im Kosovo, in Nordkorea oder im nahen Osten.

Dabei wäre gerade beim Konflikt zwischen den Israelis und den Palästinensern besondere Zurückhaltung am Platz. Wer die historische Entwicklung in dieser Region seit 1917 („Balfour-Deklaration“) berücksichtigt, kommt zwangsläufig zum Schluss, dass im nahen Osten alle Parteien viel Dreck am Stecken haben; inklusive die Grossmächte.

Wie geradezu pervers die internationale Staatengemeinschaft in der Nahostkrise reagiert, zeigt sich vielleicht am besten bei der Würdigung der beteiligten Politiker. Dass dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin der Friedensnobelpreis überreicht wurde, war in Anbetracht seiner Vergangenheit ein Skandal (Stichwort Terroristen-Massaker im Dorf Deir Jassin im April 1948). Wie Palästinenserführer Jassir Arafat trotz seiner Verantwortung für Terroristen-Anschläge und seiner dubiosen Machenschaften (u.a. Abzweigen von Geldern) zum Polit-Star emporgehoben wurde, ist mindestens ebenso daneben. Auch wie sich die Schweiz verhielt: Im Namen der Schweiz lobte unsere Aussenministerin den angeblich grossartigen Politiker Arafat nach seinem Tod in höchsten Tönen; das Schweizer Fernsehen unterbrach sogar das Abendprogramm, um die entscheidenden

Phasen der Beerdigung zu übertragen. Eine solche Ehre war höchstens noch Persönlichkeiten wie John F. Kennedy gewährt worden!

Wem nützt diese Kritik ausser der Bundesrätin?

Es fällt auf, dass nun nach dem Angriff auf Libanon nicht nur unsere aus Genf stammende Aussenministerin lauthals Kritik erhob, sondern auch das in Genf beheimatete Rote Kreuz. Beim Roten Kreuz widerspricht das ohnehin allen bisher gültigen Grundsätzen. Folge kann leider nur eine Schwächung des Roten Kreuzes sein, dessen Position ohnehin zunehmend umstrittener wird. Aber auch für die humanitäre Schweiz ist kein Nutzen solch lauter Kritik ersichtlich. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass die Gewalt im nahen Osten weiter eskaliert. Wird die offizielle Schweiz nun einfach immer lauter kritisieren? Einmal den Iran, dann die USA, dann Syrien und den Libanon, dann die Palästinenser und dann wieder Israel? Je nach persönlicher Meinung unserer jeweiligen Aussenministerin / unseres jeweiligen Aussenministers? Wer meint, mit solchem Aktivismus werde der Frieden im nahen Osten ein Stück näher rücken, schätzt die internationale Politik völlig falsch ein. Eine Lösung kann nur von den Grossmächten kommen.

Nützlich ist die laute öffentliche Kritik – so ist zu befürchten – nur für unsere Aussenministerin Calmy-Rey selbst. Sie kann sich international in Szene setzen und auch ihre Popularität im Inland steigern. Denn Israel ist zur Zeit extrem unbeliebt; wer Israel an den Pranger stellt, erntet dementsprechend Anerkennung. Aber wem nützt diese Kritik sonst? Jedenfalls nicht der Schweiz, wenn sie international in den Ruf gerät, nun blase auch noch eine schweizerische Regierungsvertreterin ins gleiche Horn wie alle anderen auch.

Man muss auch schweigen können

Hinter den Kulissen und im privaten Kreis kann sich jeder zu diesem Krieg äussern wie er will. Die offizielle Schweiz aber darf nicht versuchen, mit lauten Forderungen Grossmachtspolitik zu betreiben. Unser Land muss sich auf die humanitäre Rolle zurückbesinnen, die wir gemäss unserer Tradition spielen sollten. Institutionen wie das Rote Kreuz und die humanitäre, neutrale Schweiz sind zu wertvoll, als dass sie der Tagespolitik und dem persönlichen Geltungsbedürfnis einzelner Politiker / Politikerinnen geopfert werden dürfen. Wer wirklich Politik im Interesse der Schwachen und Bedrängten machen will, muss nicht nur im richtigen Moment das Richtige sagen, er muss vor allem auch im richtigen Moment schweigen können. Die offiziellen Vertreter der Schweiz dürfen nur dann auf den Tisch klopfen, wenn sie wirklich im Sinne der humanitären Schweiz Fortschritte erzielen können, nicht um Beifall zu heischen.